

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

16. WP - 11. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Februar, um 14 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Axel Bernstein (CDU)

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Hans Müller (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

i. V. von Wilfried Wengler

### **Weitere Abgeordnete**

Astrid Höfs (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)</b>	<b>4</b>
Gespräch mit den Beruflichen Schulen in Flensburg, Meldorf und Schleswig, dem VLBS und der GEW	
<b>2. Bericht über die Weiterentwicklung des Schulsystems in Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/495	
<b>3. Erhalt der eigenständigen Universitäten in Schleswig-Holstein</b>	<b>8</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/350	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen unter besonderer Berücksichtigung der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)**

Gespräch mit den Beruflichen Schulen in Flensburg, Meldorf und Schleswig, dem VLBS und der GEW

Herr Kruse, Leiter des **Berufsbildungszentrums Dithmarschen**, skizziert den Fusionsprozess der berufsbildenden Schulen in Heide und Meldorf zu dem neuen Berufsbildungszentrum mit insgesamt 4.200 Schülerinnen und Schülern und fast 200 Lehrkräften. Mit der Errichtung eines Regionalen Berufsbildungszentrums sei die Umsetzung folgender Schwerpunkte verbunden: Organisation zusammengefasster Schulen mit pädagogischen Zentren und Geschäftsbereichen, Entwicklung von Gremien- und Teamstrukturen, Aufbau eines IFQM-Qualitätsmanagements, Förderung Benachteiligter, Aus-, Fort- und Weiterbildung. Nun müsse daran gearbeitet werden, die schulgesetzlichen Regelungen und die in der Erprobungsphase der RBZ gemachten Erfahrungen miteinander in Einklang zu bringen.

Herr Maume, Leiter der **Gewerblichen Beruflichen Schule der Stadt Flensburg** mit rund 2.200 Schülerinnen und Schülern und 100 Lehrerplanstellen, stellt das Flensburger Modell vor, Umdruck 16/547. Um Bildungsökonomie und schulische Qualität zu verbessern, habe man die Koordinierung der vorhandenen Einrichtungen unter Einbeziehung der Dualpartner und die Etablierung von Teamstrukturen in den Mittelpunkt gestellt. - Herr Reuter, der als externer Bildungsmanager den RBZ-Erprobungsprozess in Flensburg begleitet und unterstützt, verdeutlicht das Ziel, weg von einer verwalteten Schule hin zu einem Bildungsunternehmen mit transparenten Organisationsstrukturen und Bildungscontrolling zu kommen. Vor dem Hintergrund, dass der Veränderungsprozess langwierig und durchaus schmerzhaft sei, sollte das Ministerium für zukünftige RBZ Steuerungselemente vorgeben.

Herr Henken, Schulleiter der **Beruflichen Schulen des Kreises Schleswig-Flensburg**, stellt die Wahrnehmung und Optimierung des Bildungsauftrages sowie die Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Schülerinnen und Schüler in den Vordergrund. Als Dienstleister in der Region erwarte man vom Schulträger und Ministerium die notwendigen Freiräume, um kooperativ und teamorientiert arbeiten zu können. Er berichtet über die in Umdruck 16/546

dargestellten sechs Erprobungsbereiche: Organisation, Benachteiligtenförderung, Weiterbildung, Teambildung, Medienzentrum und Qualitätsmanagement.

Herr Nissen, stellvertretender Landesvorsitzender der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, trägt die Position der GEW vor, Umdruck 16/578.

Herr Kuhnke, Vorsitzender des **Verbandes der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen**, begrüßt das Projekt der Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren als Anstalten des öffentlichen Rechts. Wichtig seien eine klare Trennung von öffentlichem Bildungsauftrag und Weiterbildung, eine sichere Finanzierung des öffentlichen Auftrages durch Land und Schulträger, eine outputorientierte Steuerung mit Qualitätsmanagement, die Berücksichtigung der verschiedenen Erprobungsformen bei der Neuformulierung des Schulgesetzes und die Verankerung der Weiterbildung für die beruflichen Schulen auf Augenhöhe mit anderen Weiterbildungsinstitutionen. Er beklagt, dass die Verlagerung der Verwaltungstätigkeit auf die Schulen nicht mit entsprechenden zusätzlichen Ressourcen an den Schulen einhergehe, die Verwaltung oftmals nur schwer „loslassen“ könne und zögerliche Umsetzungsprozesse zu Motivationsverlusten bei den Lehrkräften führten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert Herr Kruse, auf dem Weg zum **Bildungscontrolling** sollten verschiedene Systeme des **Qualitätsmanagements** zugelassen werden; sinnvoll sei allerdings eine Kompatibilität zwischen schulischer Evaluation und externer Evaluation (E-VIT-BS). Wesentliche Steuerungselemente seien die Zielvereinbarungen.

Herr Maume berichtet, hinsichtlich der Kooperation der drei selbstständigen Beruflichen Schulen in Flensburg stehe zurzeit das Modell im Vordergrund, die Gewerbliche Berufliche Projektschule als Anstalt öffentlichen Rechts mit den beiden Partnerschulen, die ihren bisherigen Status behielten, durch Kontrakte zu verbinden. An der GBS praktiziere man ein internes Controlling auf der Basis von Zielvereinbarungen (pädagogische Teamkonzepte). Es dürfte allerdings schwierig werden, die interne Evaluierung mit einer externen Evaluierung zur Deckung zu bringen.

Herr Kuhnke macht darauf aufmerksam, dass Voraussetzung für eine wirksame Qualitätskontrolle klare Zielvorgaben des Ministeriums seien.

Herr Henken legt Wert darauf, das Controlling auf die Ergebnisse zu beschränken und den Schulen auf dem Weg zur Zielerreichung die nötigen Freiräume einzuräumen.

Herr Nissen spricht sich dafür aus, dass das Ministerium Fragen des Qualitätsmanagements und Controllings mit den Schulen in Zielvereinbarungen aushandele.

Zum Komplex **Weiterbildung** legt Herr Kruse dar, es müsse in der Region eine gemeinsame Weiterbildungskonzeption entwickelt und für eine saubere Trennung zwischen Schule und Weiterbildung Sorge getragen werden.

Herr Henken weist darauf hin, dass bei der Weiterbildung selbstverständlich Synergieeffekte erzielbar seien. Lehrkräfte könnten sowohl in der beruflichen Ausbildung als auch in der Weiterbildung hauptamtlich tätig sein. Allerdings müssten die Bereiche berufliche Ausbildung und Weiterbildung kostenrechnungsmäßig klar voneinander getrennt werden.

Herr Maume teilt mit, bei der Weiterbildung habe man mit den Innungen und Kammern schriftliche Vereinbarungen getroffen. Primär gehe es darum, den Dualpartner in der Weiterbildung zu unterstützen, zu beraten und zu begleiten; eigene Veranstaltungen organisiere man nur in bestimmten Fällen.

Zur **Lernortkooperation** bestätigt Herr Henken, mit der Kreishandwerkerschaft in Schleswig bestehe eine enge Kooperation.

Herr Maume weist darauf hin, dass man für die enge Zusammenarbeit mit Firmen auf dem Gebiet der Weiterbildung eine bundesweite Auszeichnung erhalten habe.

Herr Reuter sieht in dem bildungsökonomisch orientierten Modell eines RBZ die Gewähr dafür, Kooperationen zu erleichtern.

Herr Kruse macht abschließend auf die Notwendigkeit der ständigen fachlichen Fortbildung im berufsbildenden Bereich aufmerksam, für die man sich externe Anbieter einkaufen müsse.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht über die Weiterentwicklung des Schulsystems in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/495

(überwiesen am 25. Januar 2006)

Der Ausschuss nimmt den im Landtag ausführlich debattierten Bericht Drucksache 16/495 ohne weitere Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Erhalt der eigenständigen Universitäten in Schleswig-Holstein**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/350

(überwiesen am 11. November 2005)

M Austermann führt aus, es bleibe sein Ziel, die schleswig-holsteinischen Universitäten zu einer Landesuniversität sowie die beiden Medizinischen Fakultäten zu einer Fakultät zusammenzufassen, um Effizienzgewinne zu erzielen und im nationalen und internationalen Wettbewerb der Hochschulen besser aufgestellt zu sein. Die Gespräche mit den Betroffenen dauerten an; am 17. Februar 2006 werde ein Hearing zu den vom Wissenschaftsministerium vorgelegten 15 Eckpunkten einer Hochschulreform stattfinden, von denen 12 Punkte weitgehend unstrittig seien. Beabsichtigt sei, dem Landtag den Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes noch vor der Sommerpause zuzuleiten.

Abg. Weber plädiert dafür, die Beschlussfassung über den SSW-Antrag bis zur Vorlage des von der Landesregierung angekündigten Gesetzentwurfs zur Änderung des Hochschulgesetzes zurückzustellen. Nach Auffassung der SPD-Fraktion gehe es vorrangig darum, Formen der Kooperation zu entwickeln, die die Hochschullandschaft insgesamt voranbrächten, ohne dass es zwingend eines formalen Zusammenschlusses der Universitäten bedürfe.

Demgegenüber setzt sich Abg. Spoorendonk dafür ein, als Parlament jetzt ein Bekenntnis zu Flensburg und Lübeck als eigenständige Hochschulstandorte abzugeben.

Abg. Herbst begrüßt namens der CDU-Fraktion, dass die Vorlage des Eckpunktepapiers des Wissenschaftsministeriums einen umfassenden Diskussionsprozess in Gang gesetzt habe, den man nicht durch Vorfestlegungen seitens des Parlaments behindern sollte.

Auf Fragen von Abg. Dr. Klug erwidert M Austermann, eine Holding-Lösung bedeutete gegenüber dem von ihm favorisierten Modell der Landesuniversität ein Minus. Mit einer Konzentration der Realschullehrerausbildung in Flensburg müssten eine bedarfsgerechte Abschmelzung der Zahl der Studienplätze sowie entsprechende Investitionen in die Infrastruktur am Hochschulstandort Flensburg einhergehen. Auf eine Frage von Abg. Weber entgegnet er, bei der universitären Ausbildung von Lehrkräften für die berufsbildenden Schulen seien keine organisatorischen Änderungen geplant. Bei den grenzüberschreitenden Studiengängen - damit

greift er eine Frage von Abg. Spoorendonk auf - habe sich die Universität Flensburg in Zusammenarbeit mit der Syddansk Universitet ein gutes Profil erarbeitet.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP beschließt der Ausschuss, die Beschlussfassung über den SSW-Antrag Drucksache 16/350 bis zur Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Hochschulgesetzes zurückzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Abg. Hentschel möchte wissen, warum das Bildungsministerium den Antrag der Carl-Eitz-Grund- und Hauptschule in **Pinneberg** auf Einrichtung eines **bilingualen Klassenzuges** abgelehnt habe.
- b) Abg. Hentschel bittet das Bildungsministerium um Stellungnahme zum Projekt „**Modellschule Halstenbek**“ (Umdruck 16/575).
- c) Die für den 18. Mai 2006 ursprünglich vorgesehene **Ausschusssitzung** - in der Woche führt der Bildungsausschuss eine schulpolitische Informationsreise nach Sachsen und Baden-Württemberg durch - wird bei Bedarf am Rande der Plenartagung nachgeholt.
- d) Auf Fragen aus dem Ausschuss zur Zukunft der **Schiffsoffiziersausbildung an der Fachhochschule Flensburg** äußert M Austermann, aus heutiger Sicht neige er dazu, den Studiengang Schiffbetrieb/Schiffbetriebstechnik zu erhalten. Denn es bestehe eine große Nachfrage nach Schiffingenieuren und Schiffsbetriebstechnikern, die Seefahrtsausbildung gehöre zum maritimen Profil Schleswig-Holsteins und die Fachhochschule sei auf diesem Gebiet gut ausgestattet.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer